Entwicklungspolitik muss vor allem Wirtschaftspolitik sein

Von Stefan Liebing und Andreas Freytag

Wenn in Deutschland über Entwicklungspolitik gesprochen wird, geht es meist um Hilfe: um Projekte, Programme und staatliche Unterstützung für ärmere Länder. Weniger präsent ist die Frage, wie dort eigentlich Wachstum entsteht, Arbeitsplätze geschaffen werden und Menschen dauerhaft von eigener Arbeit leben können. Genau daran aber entscheidet sich, ob Entwicklungspolitik langfristig zu Stabilität, Frieden und Sicherheit beiträgt – oder nicht.

Mit dem Reformpapier „Zukunft zusammen global gestalten" formuliert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nun einen hohen Anspruch. Die deutsche Entwicklungspolitik soll „strategischer, fokussierter und wirksamer" werden. Nun wird sie ausdrücklich als Bestandteil deutscher Sicherheits- und Friedenspolitik verstanden. Diese Neubewertung ist richtig. Doch der zentrale Hebel für Sicherheit und Stabilität – wirtschaftliche Entwicklung durch private Investitionen – wird weiterhin nicht konsequent genutzt.

Wie groß die Erwartung an Europa ist, wurde im November 2025 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena deutlich. Der malawische Botschafter Joseph John Mpinganjira äußerte dort die Hoffnung auf mehr Investitionen aus Europa im südlichen Afrika – und bezeichnete klassische Entwicklungshilfe zugleich als weitgehend ungeeignet, um wirtschaftliche Dynamik zu erzeugen. Vor diesem Hintergrund dürfte ihn die neue BMZ-Strategie nur bedingt überzeugen. Sie benennt das Problem, zieht daraus aber nicht die notwendigen Schlüsse.

Das Papier beschreibt Entwicklungszusammenarbeit (EZ) als Antwort auf eine fragmentierte Weltordnung, geopolitische Konkurrenz, fragile Staaten und wachsende Fluchtbewegungen. Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sollen enger zusammen gedacht werden. Implizit bleibt jedoch ein Missverständnis bestehen: Sicherheit wird vor allem als Ergebnis staatlicher Stabilisierung, sozialer Programme und institutioneller Präsenz verstanden. Tatsächlich entsteht nachhaltige Sicherheit dort, wo wirtschaftliche Perspektiven wachsen.

> Die Probleme werden benannt, doch es fehlen die richtigen Schlüsse.

Arbeitsplätze, Einkommen und private Wertschöpfung sind die wirksamsten Instrumente gegen Instabilität, Migration und politische Radikalisierung. Gesellschaften, in denen Menschen aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit leben können, sind resilienter, konfliktärmer und politisch stabiler. Gerade deshalb ist es eine verpasste Chance, dass die Rolle der Privatwirtschaft trotz gegenteiliger Rhetorik randständig bleibt. Zwar enthält das Papier ein eigenes Ziel zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, doch bei näherer Betrachtung bleibt dieses vor allem ein Annex klassischer Entwicklungslogik: bessere Rahmenbedingungen, mehr Berufsbildung, punktuelle Einbindung von Unternehmen. Leider ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Ziel unter mehreren, nicht der zentrale Ordnungsrahmen. Die angekündigten Neuerungen wirken entsprechend begrenzt: Künftig will die Bundesregierung vor Verhandlungen mit Partnerländern auch die Wirtschaft nach ihren Interessen fragen. Das sollte schon lange selbstverständlich sein. Und Vergabekriterien sollen so angepasst werden, dass deutsche Unternehmen bei öffentlich finanzierten Projekten bessere Chancen haben.

Dabei ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Viele Investitionen scheitern nicht am fehlenden Interesse von Unternehmen, sondern an Risiken, die sie allein nicht tragen können: politische Unsicherheit, fehlende Finanzierung, mangelnde Absicherung. Genau hier liegt die Aufgabe staatlicher Entwicklungszusammenarbeit – nicht als Ersatz privater Initiative, sondern als Ermöglicher: durch Garantien, Beteiligungsmodelle, First-Loss-Instrumente und neue Formen der Risikoteilung.

Die angekündigten Budgetkürzungen für die EZ hätten eine echte Neuausrichtung erzwingen können. Weniger Mittel bedeuten zwangsläufig mehr Fokus. Stattdessen bleibt vieles beim Alten – neu sortiert, aber nicht neu gedacht. Die im Papier beschworene Hebelung privater Mittel bleibt vage Absicht, kein politischer Schwerpunkt. Dabei ließe sich mit begrenzten öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privaten Investitionen mobilisieren, wenn Risikoteilung systematisch eingesetzt würde.

Andere internationale Akteure handeln längst nach diesem Prinzip. Sie flankieren ihre Unternehmen mit politischem Einfluss, sichern Investitionen ab und verbinden wirtschaftliches Engagement mit geopolitischen Interessen. Deutschland hingegen läuft Gefahr, sich aus zentralen Zukunftsmärkten zurückzuziehen – nicht aus Mangel an Kapital oder Know-how, sondern aus institutioneller Zurückhaltung.

Wenn Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich ein Instrument von Sicherheits- und Friedenspolitik sein soll, dann muss sie vor allem private Investitionen ermöglichen, Wachstum entfesseln und Beschäftigung schaffen. Ohne diesen Perspektivwechsel bleibt die jetzt angekündigte Reform weit hinter der Ambition des Koalitionsvertrags zurück, wonach Entwicklungspolitik künftig stärker deutschen Interessen dienen solle, etwa bei der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und in der Migrationspolitik. Wenn wir dieses Ziel ernsthaft erreichen wollen, dann müssen wir wohl auf eine weitere Reform hoffen.

Stefan Liebing ist Unternehmer, Beiratsvorsitzender der ReThinking Africa Foundation und Honorarprofessor an der Hochschule Flensburg.

Andreas Freytag ist Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Honorarprofessor an der Universität Stellenbosch (Südafrika).